

Mitteilung

Fachgebiet 01

Aktenzeichen: 01.07.05/7

Vorlage Nr.: MI/0624/2015/2/2

Vorlage für die Sitzung		
Rat	05.03.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand:	Resolution des Rates der Stadt Rheinbach zur Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel; Hier: Sachstandsbericht
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:	keine
Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:	keine

Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Nachdem der Rat der Stadt Rheinbach in seiner Sitzung am 04. April 2016 unter TOP 4 eine Resolution zur Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel beschlossen hat, berichtete die Verwaltung zuletzt in der Sitzung des Rates am 03. Juli 2017. Nach Auskunft der StädteRegion Aachen kann seitdem über folgende weitere Entwicklungen berichtet werden:

19.06.2017

Am heutigen Sonntag heißt es „Hand in Hand gegen Tihange“. 90 Kilometer lange Menschenkette trägt Protest nach Belgien. Sichtbare Zeichen auch am Haus der StädteRegion.

Städtereion Aachen. Am heutigen Sonntag ist es so weit: Mit einer 90 Kilometer langen trinationalen Menschenkette beziehen die Menschen im Dreiländereck klar Stellung gegen die maroden belgischen Atommeiler Tihange und Doel. Menschen aller Altersklassen aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden stehen Hand in Hand von Aachen über Maastricht und Lüttich bis Tihange, um die sofortige Abschaltung der Pannenmeiler zu fordern. Städtereionsrat Helmut Etschenberg betont: „Heute gehen zehntausende Menschen im wahrsten Sinne auf die Straße. So etwas hat es nie zuvor gegeben. Ich selbst bin selbstverständlich auch dabei.“

Mit einem weiteren deutlich sichtbaren Bekenntnis gegen Tihange 2 haben die städtereionale Verwaltung und die Bürgerinitiative „3 Rosen e.V.“ den Protest der Menschen in der DreiländerRegion erneut zum Ausdruck gebracht und die Abschaltung des Kernkraftwerks gefordert. In weit mehr als 100 Bürofenstern im Haus der StädteRegion sind als „Blickfänger“ jetzt Poster angebracht worden, auf denen sich die DreiländerRegion gut sichtbar gegen Tihange 2 positioniert. In der Region sind bereits zahlreiche kommunale Einrichtungen sowie Geschäfte und Unternehmen mit Blickfängern gegen Tihange ausgestattet. Dazu gehören neben Postern, Flyern und Schirmen auch T-Shirts und Schals. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Helmut Etschenberg: „Mit unseren Blickfängern machen wir deutlich, dass wir uns alle gemeinsam für die Abschaltung gegen Tihange einsetzen.“

06.07.2018

Vorverteilung der Jodtabletten in der Region Aachen beginnt am 1. September! Über den organisatorischen Ablauf wird in den nächsten beiden Monaten informiert.

(Gemeinsame Meldung von Stadt und StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren, Heinsberg und Euskirchen!)

StädteRegion Aachen. In Zusammenhang mit dem in der Kritik stehenden Kernkraftwerk Tihange beginnt die Vorverteilung der Kaliumiodidtabletten, der so genannten „Jodtabletten“, in unserer Region am 1. September. Die kostenlose Vorverteilung wird über einen Zeitraum von drei Monaten erfolgen. Ende November wird die Aktion abgeschlossen sein. Dazu haben die Stadt und StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg ein gemeinsames Konzept ausgearbeitet. Über ein Onlineportal, das noch freigeschaltet wird, kann man einen so genannten Bezugsschein beantragen, mit dem man bei allen teilnehmenden Apotheken in der Region kostenfrei für den jeweiligen Haushalt Jodtabletten abholen kann.

Weitere Informationen mit präzisen Hinweisen zum Ablauf der Vorverteilung und die detaillierten Einzelheiten werden Ende August, rechtzeitig vor dem Start der Vorverteilung, bekannt gegeben.

Wie bereits mehrfach berichtet, wird durch die rechtzeitige Einnahme von Tabletten mit nicht radioaktivem Jod die Schilddrüse mit Jod gesättigt. So wird die Aufnahme von radioaktivem Jod, das bei einem Reaktorunfall eventuell freigesetzt wird, blockiert.

Die „regionale Koordinierungsgruppe Tihange“ unter Leitung von Dr. Markus Kremer, bei der Stadt Aachen als Beigeordneter für Personal und Organisation, aber auch für den Katastrophenschutz zuständig, hat ihre Konzepte zur Information der Bevölkerung und zur Vorverteilung dem Land Nordrhein-Westfalen vorgestellt und mit den beteiligten Ministerien abgestimmt. "Nachdem wir grünes Licht für die Vorverteilung der Jodtabletten hatten, haben wir im engen Austausch mit allen Beteiligten und den politischen Gremien der einzelnen Gebietskörperschaften die organisatorischen Voraussetzungen auf guter fachlicher Grundlage geschaffen. Jetzt sind wir soweit – wir können mit der Vorverteilung beginnen", so Dezernent Kremer.

Auf der Internet-Seite der Apothekerkammer Nordrhein, www.aknr.de, unter dem Button „Jodvorverteilung in der Region Aachen“, kann man sich jetzt schon über die nächstgelegenen Apotheken für die Ausgabe der Tabletten informieren.

Die von der Koordinierungsgruppe herausgegebene gemeinsame Broschüre „Information für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Tihange (B)“ kann über die Homepages der beteiligten Gebietskörperschaften aufgerufen und herunter geladen werden.

02.08.2017

Gemeinsame Großübung der Feuerwehren zu CBRN-Gefahren am Forschungszentrum Jülich. Simulierte Gefährdungslage – beeindruckender „Zwischenfall“!

StädteRegion Aachen. Im Forschungszentrum Jülich fand jetzt eine großangelegte Feuerwehübung mit Einsatzkräften aus sieben verschiedenen Feuerwehren im Regierungsbezirk Köln statt. Dabei ging es um die Bekämpfung von Gefahren aus dem CBRN- (chemisch, biologisch, radioaktiv und nuklear) Bereich. Zur Übung konnte Kreisbrandmeister Bernd Hollands insgesamt 54 Kameradinnen und Kameraden begrüßen. Der Großeinsatz ist fester Bestandteil des praktischen Übungsplans und findet mindestens einmal im Jahr statt.

Die Wehrkräfte standen vor einer fiktiven Gefährdungslage, die es unter realen Einsatzbedingungen zu bewältigen galt. Konkret ging es um den Diebstahl eines Transporters, der radioaktive Fracht transportierte. Die Einsatzkräfte wussten nicht, wo sich das Fahrzeug befindet und ob sich die gefährliche Ladung noch darin befand. Sogenannte „Erkunder“ errichteten zwei Schleusen, um vorbeifahrende Fahrzeuge auf radioaktive Strahlenquellen zu überprüfen. Andere Kräfte suchten im

Einsatzgebiet nach dem Transporter. Wie empfindlich die Messtechnik reagiert, zeigte sich, als ein Pkw mit zwei Personen durch eine der beiden Schleusen fuhr und das System mit einem Alarmsignal reagierte. Das Fahrzeug wurde unverzüglich gestoppt. Die Beifahrerin erklärte, dass sie kürzlich eine Strahlentherapie erhalten hatte. Dies wurde vom Messsystem bestätigt. Nach diesem überraschenden „Zwischenfall“ wurde schließlich auch das im Rahmen der Übung gesuchte Fahrzeug gefunden und sichergestellt.

Nach der erfolgreich abgelegten Prüfung zog Kreisbrandmeister Bernd Hollands ein positives Fazit und bedankte sich bei allen Kameradinnen sowie Kameraden und besonders auch beim Gastgeber: „Mit seinen technischen Einrichtungen, der Werksfeuerwehr und den Mitarbeitern des Bereichs Sicherheit und Strahlenschutz hat das Forschungszentrum maßgeblich bei der Planung und Umsetzung der simulierten Gefährdungslage beigetragen.“

22.08.2017

Vorverteilung der Jodtabletten in der Region beginnt am 1. September.

- Im gemeinsamen Verbund starten Stadt und StädteRegion Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg die Vor-Verteilung.
- Im Online-Antragsverfahren können Bezugsscheine für Kaliumiodidtabletten, die so genannten „Jodtabletten“, beantragt werden.
- Einmaliger Aktionszeitraum ist vom 1. September bis zum 30. November

In der Region Aachen beginnt ab 1. September die so genannte Vorverteilung von Kaliumiodidtabletten, kurz „Jodtabletten“ genannt. Damit erhalten die Menschen in Stadt und StädteRegion Aachen und in den Kreisen Düren, Euskirchen und Heinsberg, die jünger als 45 Jahre sind sowie Schwangere und Stillende unabhängig von ihrem Alter die Möglichkeit, sich kostenfrei mit Jodtabletten zu versorgen. Über ein Onlineportal kann der jeweilige Haushaltsvorstand einen Bezugsschein für Jodtabletten beantragen und in der teilnehmenden Apotheke der Wahl einlösen. Die Apotheken geben dann die entsprechenden Tablettenblister sowie einen Informationsflyer und einen Beipackzettel an die Bezugsberechtigten aus. Die Aktion läuft insgesamt drei Monate, also bis zum 30. November. Anträge auf Bezugsscheine können allerdings nur bis zum 15. November gestellt werden.

Bezugsscheine können ab 1. September beantragt werden.

Im Rahmen eines Pressegespräches haben heute (Dienstag, 22. August 2017) Dr. Markus Kremer, Leiter der Koordinierungsgruppe für die Vorverteilung der Jodtabletten in der Region und Beigeordneter der Stadt Aachen sowie seine Beigeordneten-Kollegen Gregor Jansen, StädteRegion, Peter Kaptain, Kreis Düren und Franz-Josef Dahlmans, Kreis Heinsberg, das Verfahren vorgestellt und die Details des gemeinsam erarbeiteten Konzeptes erläutert.

Wie erhält man die Jodtabletten?

Um die Jodtabletten beziehen zu können, ist vorab ein Bezugsschein zu beantragen. Der Antrag über das jeweilige Onlineportal von Stadt oder StädteRegion bzw. der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg kann vom jeweiligen Haushaltsvorstand und zwar nur einmal gestellt werden. Nach Beantragung werden die gemachten Angaben überprüft. Der Bezugsschein wird nach der Überprüfung der Angaben auf digitalem Weg zugestellt und kann dann ausgedruckt werden. Mit dem Bezugsschein erhält man in allen teilnehmenden Apotheken - eine Übersicht hierzu gibt es auf der Seite der Apothekerkammer Nordrhein www.aknr.de – kostenfrei die für den Haushalt vorgesehene Menge an Jodtabletten. Mit den Tabletten ausgegeben werden ein Informationsflyer und ein Beipackzettel; natürlich gibt es auch ein Beratungsgespräch in der Apotheke. Jodtabletten sind nicht rezeptpflichtig und in Apotheken frei verkäuflich.

Einnahme der Jodtabletten nur nach Aufforderung durch die Katastrophenschutzbehörde

Die Einnahme von Jodtabletten „sättigt“ die Schilddrüse mit (nicht radioaktivem) Jod und verhindert nach einem Atomunfall so die Aufnahme von radioaktivem Jod; Schilddrüsenkrebs soll so verhindert werden. Nach der Strahlenschutzkommission des Bundes dürfen die Jodtabletten aber nur nach entsprechender Aufforderung nach einem atomaren Unfall eingenommen werden. Eine nicht zeitensprechende Einnahme ist nutzlos und sogar schädlich. Auch für Menschen, die älter als 45 sind, so die Kommission, ist das Risiko durch die Nebenwirkungen der Jodtabletten größer als das Risiko einer zukünftigen Schilddrüsenkrebserkrankung.

Wichtig also: Die Jodtabletten dürfen nicht vorsorglich sondern nur nach entsprechender Aufforderung der Katastrophenschutzbehörde eingenommen werden!

Informationsbroschüre für die Bevölkerung

Ergänzend zu der nun beginnenden Vorverteilung der Jodtabletten gibt es seit dem Frühjahr eine Informationsbroschüre. In der Broschüre „Information für die Bevölkerung in der Umgebung der Kernkraftwerkes Tihange (B)“ wird sachlich und informativ erklärt, wie die Katastrophenschutzbehörden im Ernstfall für eine Information der Bevölkerung sorgen und welche Verhaltensregeln empfohlen werden. Und es geht um Vorsorge- und Vorsichtsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Vorverteilung von Kaliumiodidtabletten.

Viele wissenschaftliche Aspekte zum Katastrophenschutz sind in der Broschüre zusammengefasst. Fragen wie „Was kann passieren?“ oder „Wie wirkt Radioaktivität?“ werden beantwortet und auch die so genannte „Ines-Skala“ zur Bewertung der Stärke von nuklearen und radiologischen Ereignissen wird erläutert.

Die von der Koordinierungsgruppe herausgegebene gemeinsame Broschüre „Information für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Tihange (B)“ kann über die Homepages der beteiligten Gebietskörperschaften aufgerufen und herunter geladen werden.

13.09.2017

Auch belgische Wissenschaftler empfehlen Abschaltung von Tihange 2. Städteregionsrat Etschenberg fordert sofortige Konsequenzen.

StädteRegion Aachen. Wissenschaftler der belgischen Universität Löwen haben jetzt massive Zweifel an der Sicherheit des als „Bröckelreaktor“ bekannt gewordenen Kernkraftwerkes Tihange 2 geäußert. Die Erklärung des Betreibers von Tihange (ENGIE Electrabel) und der belgischen Atomaufsicht (FANK), von den tausenden Haarrissen gehe keine Gefahr aus, ist der neuen unabhängigen Studie zufolge stark zu bezweifeln. Städteregionsrat Helmut Etschenberg hat daraufhin seine Forderung erneuert, Tihange 2 unverzüglich abzuschalten. „Mittlerweile ist auch in Belgien klar, dass von dem Reaktor Tihange 2 eine Gefahr ausgeht. Das kann auch die FANK nicht immer weiter ignorieren. Es darf nicht sein, dass hier mutwillig und offensichtlich aus finanziellen Interessen eine Gefahr für Leib und Leben für die Menschen in Belgien und auch in unserer Region in Kauf genommen wird.“

Etschenberg weiter: „Auch unsere jetzige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sollte jetzt endlich aus ihrer Lethargie erwachen und sich aktiv und mit Nachdruck für die Interessen der Menschen in der Aachener Region einsetzen. Wir brauchen jetzt keine Sonntagsreden von theoretischen Nicht-Zuständigkeiten mehr, sondern einen aktiven und eindringlichen Einsatz in Belgien. Sich einmal jährlich zum Gedankenaustausch in einer Kommission zu treffen, mag aus Expertenebene wichtig und richtig sein, ändert nichts an den Unsicherheiten, mit denen wir alle hier Tag für Tag leben müssen.“

Wie tief die Sorgen in der Bevölkerung der DreiländerRegion verankert sind, könne man laut Etschenberg unter anderem an der Beteiligung von 50.000 Menschen an der Menschenkette gegen Tihange im Juni ablesen. Zudem liegen wenige Tage nach dem Start der Vorverteilung von Jodtabletten alleine in den zehn Kommunen der StädteRegion jetzt schon rund 14.000 Anträge für weit mehr

Personen vor (7.500 im Jodportal der Stadt Aachen und 6.400 im Jodportal für die neun weiteren Kommunen bei der StädteRegion Aachen).

„Ich würde lieber heute als morgen die Vorverteilung der Jodtabletten stoppen“, so Etschenberg. „Dazu müsste man in Belgien nur endlich den unseligen Reaktor 2 in Tihange abschalten. Das ist überfällig!“

12.10.2017

Mehr als 31.000 Anträge: Große Nachfrage nach Jodtabletten in der Region Aachen. Noch bis 15. November online beantragen.

StädteRegion Aachen. Die Sorge vor einem GAU in dem maroden belgischen Atomreaktor Tihange 2 wächst. Dies belegen die Zahlen der Beantragungen der Bezugsscheine für die Vorverteilung der Kaliumiodidtabletten, der so genannten „Jodtabletten. Schon in den ersten Wochen bis Ende September sind deutlich mehr als 31.000 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren, Heinsberg und Euskirchen gestellt worden, um die Tabletten kostenfrei in Apotheken beziehen zu können. Ein Antrag bezieht sich dabei auf einen Haushalt, nicht auf eine Person. Insgesamt dürfte die Zahl der Menschen, die allein in den ersten Wochen der Verteilungszeit die Tabletten beantragt haben, zwischen 75.000 und 100.000 liegen. Die Aktion ist auf drei Monate begrenzt.

Städteregionsrat Helmut Etschenberg sieht sich durch die beeindruckenden Zahlen in der Einschätzung der Lage rund um Tihange bestätigt: „In unseren Verfahren vor den belgischen Gerichten fordern wir konsequent die Abschaltung von Tihange 2. Auch belgische Wissenschaftler äußern inzwischen massive Zweifel an der Sicherheit des als ‚Bröckelreaktor‘ bekannt gewordenen Kernkraftwerks. Deshalb bin ich sehr froh, dass sich die besorgte Bevölkerung schon jetzt in der gesamten Region vorsorglich mit Jodtabletten versorgen kann.“

Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp ist zufrieden mit dem bisherigen Verlauf der Vorverteilung von Jodtabletten: „Die Organisation dieser deutschlandweit einzigartigen Aktion war eine große Herausforderung. Die Vorverteilung ist geboten und zeugt von hohem Verantwortungsbewusstsein. Denn wir haben uns wegen der drohenden Gefahr, die von Tihange ausgeht, mit der Frage zu beschäftigen, ob wir die ganze Bevölkerung rechtzeitig versorgen könnten, wenn sich eine radioaktive Wolke auf Aachen zubewegen würde. Und wir haben festgestellt: Wenn es wirklich zum Ernstfall kommt, reicht die Zeit nicht aus. Deswegen ist es gut, wenn viele Menschen die Tabletten dann schon haben. Auch wenn sie sie hoffentlich niemals nehmen müssen. Dass die Diskussion um eine Schließung von Tihange durch die Jodtabletten-Vorverteilung befördert wird, ist ein positiver Nebeneffekt. Eine Panik ist völlig unangebracht. Mit dem, was wir tun, wollen wir vorsorgen und aufklären.“

Ende November wird die Phase der kostenlosen Vorverteilung enden. Konkret können die Bezugsscheine für die Tabletten noch bis 15. November online bestellt werden. Bis 30. November geben die regionalen Apotheker dann noch die Jodtabletten gegen Vorlage dieser Scheine heraus.

Wie bereits mehrfach berichtet, wird durch die rechtzeitige Einnahme von Tabletten mit nicht radioaktivem Jod die Schilddrüse mit Jod gesättigt. So wird die Aufnahme von radioaktivem Jod, das bei einem Reaktorunfall eventuell freigesetzt wird, blockiert. Dies gilt für Personen bis einschließlich 45 Jahren sowie Schwangeren und Stillenden (altersunabhängig, siehe auch gegenüberliegende Sonderseite „Vorverteilung der Jodtabletten“).

Stephan Pusch, Landrat des Kreises Heinsberg, betont die exzellente regionale Zusammenarbeit: „In einer beispiellosen Zusammenarbeit ist es uns gelungen, die Menschen in der Grenzregion umfassend zu informieren und eine kostenlose Verteilung von Jodtabletten auf den Weg zu bringen. Dies ist gut für die Betroffenen, aber auch ein starkes Zeichen unserer Besorgnis im Hinblick auf die belgischen Kernkraftwerke. Ich hoffe, dass die Belgier unsere Sorgen endlich aufgreifen und mit der einzig

logischen Konsequenz antworten: der Stilllegung der Kernkraftwerke in Tihange und Doel.“

Wolfgang Spelthahn, Landrat des Kreises Düren, ist froh dass nunmehr auch die NRW-Landesregierung deutliche Worte findet und eine Abschaltung der maroden Anlagen fordert: „Es ist sehr hilfreich, dass Ministerpräsident Armin Laschet, der ja selbst Aachener ist, dieses zentrale Anliegen unserer Region massiv unterstützt. Für ihn ist die Sicherheit und Gesundheit der Menschen in der Grenzregion mehr als ein Thema unter vielen anderen.“

Ähnlich sieht es auch Euskirchener Landrat Günter Rosenke: „Unser Dank gilt besonders dem Land NRW, mit dem wir auch in der Frage der Vorverteilung der Jodtabletten eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Denn nur gemeinsam mit einem starken Partner in Düsseldorf kann unsere Region das große Ziel - die Stilllegung des Pannenreaktors in Tihange - erreichen.“

Hinweis:

Auf der Internet-Seite der Apothekerkammer Nordrhein, www.aknr.de, unter dem Button „Jodvorverteilung in der Region Aachen“, kann man sich jederzeit über die nächstgelegenen Apotheken für die Ausgabe der Tabletten informieren.

Die von der Koordinierungsgruppe herausgegebene gemeinsame Broschüre „Information für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Tihange (B)“ kann über die Homepages der beteiligten Gebietskörperschaften aufgerufen und herunter geladen werden. Hier gibt es weitere aktuelle Infos zu den Aktivitäten der DreiländerRegion gegen Tihange: www.staedtereion-aachen.de/tihange. Auch Erklärfilme auf Deutsch, mit englischen und türkischen Untertiteln sowie mit deutscher Gebärdensprache zur Vorverteilung und Einnahme der Jodtabletten sind dort abrufbar.

01.02.2018

Niederländischer Untersuchungsrat empfiehlt Verbesserung von Krisenplänen und grenzüberschreitender Kommunikation. Städteregionsrat Etschenberg unterstützt die Forderung!

StädteRegion Aachen. Der niederländische Untersuchungsrat für Sicherheit (Onderzoeksraad voor Veiligheid) hat jetzt eine Studie zur "Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit" vorgestellt. Neben der Empfehlung, die Krisenpläne zu verbessern, fordert der Untersuchungsrat die Länder Belgien, Niederlande und Deutschland auf, vermehrt gemeinsame Übungen durchzuführen und für die Koordination der zu treffenden Maßnahmen und der Kommunikation untereinander Sorge zu tragen. Zudem ist der Rat der Auffassung, dass die zuständigen Behörden die Sorgen der Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt rücken sollten und die Informationsversorgung für die Bürger verbessert werden muss.

„Die Studie spricht mir aus dem Herzen“, sagte Städteregionsrat Helmut Etschenberg nach einer ersten Inaugenscheinnahme der Ergebnisse. „Wir sind sehr froh, dass sich eine unabhängige Expertengruppe in den Niederlanden mit dem Thema befasst hat. Das zeigt, dass die von uns vorgetragene Sorge nunmehr auch von den Nachbarn ernst genommen wird. Es ist richtig, dass die nationalen Regelungen eines Staates an der Grenze enden. Wir haben deswegen auch schon in persönlichen Gesprächen die deutsche Bundesumweltministerin gebeten, die besondere Situation unserer Dreiländerregion zu berücksichtigen und die nationalen Pläne dahingehend anzupassen und abzustimmen. Das muss dringend passieren – deshalb betrachte ich die Studie als neues belebendes Element für unsere Diskussion“, so Etschenberg.

Da derartige Prozesse sehr lange dauern können und die StädteRegion Aachen bis dato keine adäquate Reaktion erfahren hat, will sie auch künftig konsequent zusammen mit den Nachbarn die bestehenden Kooperationen fortentwickeln. „Die Weiterentwicklung sehe ich in der sogenannten EMRIC-Zusammenarbeit. Darin ist es uns gelungen, gute operationelle Absprachen für grenzüberschreitende Hilfe bei Katastrophen und Großschadensereignissen zu treffen“, erklärte

Etschenberg. EMRIC steht für den Niederländischen Namen Euregio Maas-Rijn Incidentenbestijding en Crisisbeheersing (Euregio Maas-Rhein Einsatz- und Krisenbewältigung). EMRIC ist ein einzigartiger Zusammenarbeitsverband von Behörden, die für die Sicherheit in den Bereichen Brandschutz, technische Hilfeleistung und Rettungsdienst in ihrem Bereich zuständig sind. Neben den sechs Partnern (Feuerwehr Stadt Aachen, Ordnungsämter des Kreises Heinsberg und der StädteRegion Aachen, die Provinz Limburg in Belgien und die Veiligheidsregio Zuid-Limburg in den Niederlanden, arbeiten noch rund 30 Dienste und Behörden mit dem EMRIC-Verband zusammen.

In Sachen „Informationsbedürfnis“ weist der Städteregionsrat auf eine Broschüre, die die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg sowie Stadt und StädteRegion Aachen vor etwa einem Jahr herausgegeben haben. „Mit dieser Broschüre wollen wir für die Menschen in unserer Region Informationen bereitstellen, die auf den Schutz der Bevölkerung im Falle eines schweren Ereignisses im Kernkraftwerk Tihange (B) ausgerichtet sind. Die wichtigsten Informationen findet man zudem als gleichnamigen Infofilm auf der Internetseite der StädteRegion Aachen in deutscher, englischer und türkischer sowie in Gebärdensprache. Dieses Material stellen wird den Nachbarn gerne zur Verfügung.“

Die Untersuchung war nicht auf die Frage ausgerichtet, ob Atomkraftwerke sicher sind, sondern darauf, in welcher Weise die Niederlande mit ihren Nachbarländern zusammenarbeiten, wenn es um Atomkraftunfälle geht. Ursache waren Zwischenfälle in den Atomkraftwerken Doel und Tihange, die zu Unruhe in der Bevölkerung geführt hatten.

Etschenberg´s Fazit: „Die Studie lädt nach unserer Lesart dazu ein, die Sichtweisen und alltäglichen Verhaltensweisen der Nachbarn besser kennenzulernen, uns intensiver auszutauschen und noch gründlicher auf einen Ernstfall vorzubereiten. Diese Einladung nehmen wir gerne an.“

Der vollständige Untersuchungsbericht ist auf der Webseite des Untersuchungsrates zu finden: www.onderzoeksraad.nl

01.02.2018

Das Sicherheitsrisiko durch das grenznahe belgische Atomkraftwerk Tihange ist laut WDR/ARD/Monitor deutlich größer als bislang bekannt. StädteRegion weist seit über einem Jahr auf die Gefahren hin!

StädteRegion Aachen. Gemeinsame Recherchen des WDR-Hörfunks und des ARD-Magazins MONITOR belegen noch deutlicher als bisher bekannt, dass vom AKW Tihange eine besondere Gefahr ausgeht. Laut einer Pressemeldung vom 01.02.2018 liegt den Redaktionen ein Schreiben der belgischen Atomaufsicht (FANC) vor, das eine deutliche Häufung von so genannten „Precursor“-Fällen (deutsch: Vorbote) im Atomreaktor Tihange-1 belegt. Demnach hat es in den Jahren 2013 bis 2015 insgesamt acht solcher Ereignisse in Tihange-1 gegeben – das ist mehr als die Hälfte aller „Precursor“-Fälle in ganz Belgien. Bisher galten insbesondere die Reaktoren Tihange-2 und Doel-3 als besonders riskant.

Für Städteregionsrat Helmut Etschenberg ist diese Nachricht keine Überraschung, gleichwohl eine Bestätigung seines bisherigen Handelns: „Ich bin sehr froh, dass es dem Monitor-Team gelungen ist, weitergehende Sicherheitslücken in Tihange aufzudecken. Schon seit über einem Jahr argumentieren wir vor belgischen Gerichten, gegenüber der EU-Kommission und dem Bundesumweltministerium, dass sich die Menschen in der Aachener Region durch Tihange 2 bedroht fühlen. Insofern warte ich mit Spannung auf den Bericht und die Offenlegung der sogenannten Precursor – Zwischenfälle.“

Zum Ausmaß der Bedrohung durch die „Precursor“-Fälle kann selbst der technische Berater und ehemalige Leiter des Büros für Atomsicherheit, Prof. Dr. Wolfgang Renneberg, jetzt noch keine Wertung abgegeben. Allerdings ist die statistische Häufung auch für ihn bedenklich.

„Wissend, dass die Anlage Tihange 2 mit erheblichen (!) Mängeln betrieben wird, kann ich mir gut

vorstellen, dass auch andere Anlagen unter der gleichen Atomaufsicht mit einer Sicherheitskultur betrieben werden, die hier in Deutschland so nicht genehmigungsfähig wäre. Ich bin sehr froh, dass der neue NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hierzu eindeutig Position bezieht und die Abschaltung der maroden Anlage unterstützt“, so Etschenberg.

Genau vor zwei Jahren hatte die StädteRegion Aachen Klage vor dem Staatsrat eingereicht. Der sogenannte „Nichtigkeitsantrag“ richtet sich gegen das erneute Hochfahren des Reaktorblocks 2, der wegen tausender Risse im März 2014 vorübergehend stillgelegt worden war. Über Einhundert Kommunen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind der Klage beigetreten.

Seit rund einem Jahr klagen die StädteRegion Aachen, die Gemeinde Maastricht (NL), die Stadt Wiltz (L) sowie neun natürliche Personen und zwei Unternehmen (Weiss-Druck aus Monschau sowie die Aachener Verlagsgesellschaft) vor dem Gericht der ersten Instanz in Brüssel. Die Klage richtet sich gegen den Belgischen Staat, die Föderalagentur für Nuklearkontrolle (FANK) sowie den belgischen Stromversorger und Betreiber der Atomkraftanlage Engie Electrabel S.A. Die Kläger fordern die Stilllegung des Kernkraftwerks Tihange 2 und begründen dies mit der persönlichen Betroffenheit im Falle eines schweren Atomunfalls.

Die starke Betroffenheit der DreiländerRegion Aachen im Falle eines Super-GAUs war durch die Studie des Wiener Instituts für Bodenkultur offenkundig geworden. Das Institut hat die möglichen radiologischen Auswirkungen bei einem Versagen des Reaktordruckbehälters im KKW Tihange 2 für die DreiländerRegion Aachen unter 3000 verschiedenen realen Wetterbedingungen analysiert. Demnach würde mit 30-prozentiger Wahrscheinlichkeit in der Region der Grenzwert für die schädliche Strahlenbelastung von Personen um das Dreifache überschritten. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Aachener Region von einem radioaktiven Niederschlag betroffen wäre, der in Tschernobyl zur Umsiedelung führte, liegt bei 10 Prozent!

Zusammenfassung

Das Verfahren der „Betroffenheit“ vor dem Gericht der ersten Instanz ist terminlich vorbestimmt. Am 15. Oktober 2017 wurde die erste Antwort auf die Argumentation der Gegenseite fristgerecht einreicht. Bis zum 31. Mai 2018 wird von uns das finale Statement erwartet. In diesem Verfahren klagen neben Kommunen auch natürliche Personen und hier ansässige Unternehmen.

Bei der Klage vor dem belgischen Staatsrat wird erwartet, dass man 2018 eine erste materielle Einschätzung des Gerichtes zum weiteren Verfahrensgang erhält. In diesem Verfahren wird geltend gemacht, dass es vermutlich keine Genehmigung für das Wiederanfahren des Reaktors Tihange 2 gibt. Bis dato wurde der Klageseite noch kein Schriftsatz vorgelegt, der das Gegenteil beweist. Wann es zu einem öffentlichen Fortgang des Verfahrens kommt, ist nicht absehbar. Dieser Klage sind weit über 100 Kommunen aus Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden beigetreten. Außerdem die Länder NRW und Rheinland-Pfalz.

Die Gespräche mit der EU-Kommission wurden intensiv fortgeführt. Zwischenzeitlich waren auch Mitarbeiter der Umweltministerien NRW und Rheinland-Pfalz zu Gesprächen in Brüssel bzw. Luxemburg.

Auch mit Vertretern des Bundes hat die Klageseite weitere Gespräche geführt. Besonders erfreulich wurde die deutlich spürbare Unterstützung durch die neue Landesregierung in Person von Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet und Minister Prof. Dr Pinkwart zur Kenntnis genommen. Siehe hierzu dpa vom 30.06.2017 - <http://www.aachener-zeitung.de/dossier/tihange/neuer-nrw-energieminister-fuer-abschaltung-von-tihange-und-doel-1.1659095>

Im August ist unter dem Titel „Tihange und Doel - Pfusch am AKW-Bau“ der nachfolgende Beitrag der Frankfurter Rundschau erschienen: <http://www.fr.de/wirtschaft/tihange-und-doel-pfusch-am-akw-bau-a->

1315216. Die dazugehörige Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der Grünen wurde bundesweit publik. Demnach wären die Reaktoren mit gleichen Mängeln in Deutschland gar nicht erst genehmigt worden. Wahrscheinlich hätte das in Belgien genauso gemacht werden müssen.

Im September hat Prof Bogaerts in der Zeitung De Standaard im Zusammenhang mit Tihange 2 und Doel 3 von Russischem Roulette gesprochen.

Die Professoren Boonen und Peirs aus Leuven waren etwa zeitgleich in Belgien bei der Sonderkommission Nukleare Sicherheit der föderalen Kammer der Abgeordneten zu Gast, um ihre Erkenntnisse zu präsentieren. Angeblich sollen die Professoren Zugang zu zusätzlichen Dokumenten und Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit dem Betreiber bekommen. Das zeigt, wie auch im Nachbarland die Skepsis an der Sicherheit wächst und öffentlich diskutiert wird.

Zu der aktuellen Studie des niederländischen Sicherheitsrates hat Städteregionsrat Helmut Etschenberg wie folgt Stellung bezogen: „Wir sind sehr froh, dass sich eine unabhängige Expertengruppe in den Niederlanden mit dem Thema befasst hat. Das zeigt, dass die von uns vorgetragene Sorge nunmehr auch von den Nachbarn ernst genommen wird. Es ist richtig, dass die nationalen Regelungen eines Staates an der Grenze enden. Wir haben deswegen auch schon in persönlichen Gesprächen die deutsche Bundesumweltministerin gebeten, die besondere Situation in unserer Dreiländerregion zu berücksichtigen und die nationalen Pläne dahingehend anzupassen und abzustimmen. Das muss dringend passieren – deshalb betrachte ich die Studie als neues belebendes Element für unsere Diskussion.

Da derartige Prozesse sehr lange dauern (können) und wir auch bis dato keine adäquate Reaktion erfahren haben, konzentrieren wir uns auf eigene Stärken. Die sehe ich in der sogenannten EMRIC-Zusammenarbeit. Darin ist es uns gelungen, gute operationelle Absprachen für grenzüberschreitende Hilfe bei Katastrophen und Großschadensereignissen zu treffen. Alle Beteiligten unterstützen paritätisch ein eigenes Büro!“

Die Aktionen entfalten auch international eine deutlich spürbare Wirkung. Die Klageseite wird sich weiterhin mit der gebotenen Sachlichkeit dafür stark machen, das Tihange 2 vom Netz geht – jedenfalls solange, bis die Sicherheit für die Bevölkerung in der Region nachgewiesen werden kann.

Weitere Informationen:

Über die Internetseite der Städteregion Aachen ist eine Information für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Tihange als e-paper abrufbar: <http://epaper.staedteregion-aachen.de/information-fur-die-bevolkerung-in-der-umgebung-des-kernkraftwerkes-tihange-b/57998338>.

Darüber hinaus ist auch ein Infofilm mehrsprachig abrufbar: <https://www.staedteregion-aachen.de/de/navigation/staedteregion/tihange-abschalten/infofilme-fuer-die-bevoelkerung-in-der-umgebung-von-tihange/>

Soweit keine außergewöhnlichen Ereignisse eintreten – wird die Verwaltung in der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2017 erneut berichten.

Rheinbach, 19. Februar 2018

Gez. Unterschrift
Susanne Pauk
Fachbereichsleiterin

Gez. Unterschrift
Norbert Sauren
Fachgebietsleiter